

Die Ansbacher Bürger müssen selbst darüber entscheiden dürfen, ob ihre Steuermittel für den Ausbau von Militärbasen verwendet werden, von denen völkerrechtswidrige Angriffskriege ausgehen, oder für zivile Zwecke Anwendung finden, die auch unseren amerikanischen Freunden zugute kommen, die in Ansbach eine Heimat gefunden haben. Wir treten dafür ein, dass, sollte es zu einer Schließung von U.S.-Militärbasen in Westmittelfranken kommen, dies sowohl für die Familien amerikanischer Militärangehöriger als auch für deutsche Zivilangestellte sozial verträglich erfolgt. Für diesen Zweck sehen wir unsere Steuergelder gut angelegt.

Der "Ansbacher Appell" ist nicht der Endpunkt dieses Umdenkungsprozesses und auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Der Meinungsbildungsprozess ist in unseren Reihen auch deshalb noch nicht abgeschlossen, weil wir täglich neuen Zuspruch aus allen Bevölkerungsschichten, politischen Parteien und Bewegungen erfahren, was wir in diesem Maße nicht erwartet haben. Diese Meinungs-vielfalt wird uns auch davor bewahren, dass das Ansbacher Friedensbündnis - von wem auch immer - instrumentalisiert wird. Jeder, der sich das Recht erwirbt, in unserem Namen zu sprechen, erklärt sich damit einverstanden, eigene parteipolitische Interessen hintenan zu stellen. Über das Festhalten an diesem Grundsatz kann man sich bei unseren Zusammenkünften überzeugen. Sie sind öffentlich. U.S.-amerikanische Militärangehörige, die in Westmittelfranken stationiert und wie wir von den aktuellen militärpolitischen Entwicklungen betroffen sind, sind eingeladen mit uns ins Gespräch zu kommen.

Wir empfangen sie als Freunde, auch weil wir von ihnen Antworten über das Kämpfen und Sterben deutscher Soldaten des Kommandos Spezialkräfte des Bundeswehr (KSK) unter U.S.-Oberbefehl erhoffen. Antworten, die deutsche Politiker uns (noch) nicht geben können oder vorenthalten.

Ansbach, im März 2007

Das Ansbacher Friedensbündnis (AFB) ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und des Landkreises Ansbach sowie von Parteien und Gruppen.

Neben parteilosen Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen (u.a. auch aus mittelständischen Unternehmen, Kirchen, Schulen/Fachhochschulen, Medien) und Mitgliedern von Parteien (darunter auch CSU) wirken im überparteilichen Ansbacher Friedensbündnis derzeit mit: BAP, Bund Naturschutz (Kreisverband Ansbach), Bündnis90/Grüne (Kreisverband Ansbach), DFG/VK, DKP, Offene Linke und SDAJ.

ANSBACHER APPELL

Für eine zivile Zukunft Ansbachs! No more war from German soil!



APPEAL FROM ANSBACH

No more war from German soil!

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus :

Die US-Armee hat im August 2006 ihre Absichten veröffentlicht, ihren Standort Ansbach zur größten Hubschrauberbasis Europas auszubauen; auf dem Urfas soll eine ghettoförmliche Siedlung für bis zu 2000 Militärangehörige entstehen.

Dies bedeutet, dass in noch größerem Ausmaß Kriegseinsätze der US-Armee von Ansbacher Boden ausgehen. Bereits 2003 waren die Ansbacher Kampfhubschrauber am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Irak beteiligt. Artikel 26 des Grundgesetzes verbietet die Vorbereitung von Angriffskriegen von deutschem Boden aus.

Ein ganzes Bündel negativer Begleit- und Folgeerscheinungen des geplanten Ausbaus ist zu erwarten: Mehr Fluglärm, höhere Verkehrsbelastung, Steuergeldverschwendung (Infrastruktur für US-Militär), Zerstörung von Ökosystemen, steigende Anschlagsgefahr, Verschlechterung der Lebensqualität im Stadtkreis und weitesten Teilen des Landkreises Ansbach

Wir fordern den Ansbacher Stadtrat dazu auf, sein Einvernehmen zu den Plänen der US-Armee zu verweigern und den Versuch zu starten, einen Ausbau Katterbachs zu verhindern. Der Ansbacher Stadtrat muss alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel gegen die Pläne der US-Armee überprüfen und konsequent zur Anwendung bringen.

Wir unterstützen die Forderung von Amnesty International, die Stationierungsrechte für die US-Truppen in Deutschland zu überprüfen.

Wir fordern auf zum Widerstand gegen die weitere Militarisation unserer Heimat! Kein Ausbau von Katterbach!

Wir engagieren uns für eine friedliche Perspektive Ansbachs!

Ansbacher Friedensbündnis

V.i.S.d.P.: Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer
Hauptstr. 14, D-91622 Rügland
Tel.: 09828/911881

Kontakt & Information: friedensbueundnis@gmx-topmail.de



Wars of aggression begin to start again from German soil:

In August 2006 the American forces published plans to extend their facility at Ansbach/Germans into Europe's largest helicopter base and to build a ghetto-type housing project for up to 2,000 people at Urfas.

This will mean even more military activity from the area after the use, against international law, of helicopter gunships from Ansbach in the U.S. war of aggression against Iraq in 2003. Art. 26 of the Basic Law makes it unconstitutional to prepare for wars of aggression from German soil.

The planned extension is expected to bring a variety of disadvantages - more aircraft noise, more traffic, a waste of the taxpayer's money (to build a military infrastructure), the destruction of ecosystems, a greater risk of attack, and a worsening of the quality of life in the town and large parts of Ansbach rural district.

We call on Ansbach Town Council not to consent to U.S. military planning and to try and put a stop to the expansion of Katterbach. The Council should look into all legal remedies available against the U.S. plans and resort to them in a consistent manner.

We support Amnesty International in its demand to have the rights to station U.S. troops in Germany reviewed.

Resist the further militarization of our home town and extension plans at Katterbach.

Ansbach must have a peaceful future.

"Ansbacher Appell" - Gewissen in Aufrühr

- Das Ansbacher Friedensbündnis (AFB) sieht den bisherigen Konsens deutsch-amerikanischer Politik, wonach von deutschem Boden nie wieder Angriffskriege ausgehen dürfen, gestört und fordert rechtliches Gehör.

- Das AFB fordert die Abgeordneten des Stadtparlaments von Ansbach auf, mit sofortiger Wirkung kommunale Schritte einzuleiten, die eine Anhörung der Stadt Ansbach bei der bayerischen Landesregierung ermöglichen. Unter Hinweis auf das vom Rechtsstaatsprinzip abgeleitete Willkürverbot gilt es zu prüfen, ob noch schutzwürdige öffentliche Interessen bestehen, die Eingriffe in die Planungshoheit der Stadt Ansbach seitens U.S.-Militärbasen in Westmittelfranken weiterhin rechtfertigen. Das AFB fordert ein kontrollierbares sofortiges Einfrieren aktueller Planungen sowohl auf U.S.-amerikanischer als auch auf deutscher Seite, die den weiteren Ausbau des Militärstandortes Ansbach zum Ziel haben (Planungs-Moratorium).

40 km südwestlich von Nürnberg, wo die Regierung von Mittelfranken ihren Sitz im flächennäherig größten Landkreis Bayerns hat, will die U.S.-Armee ihren Standort Ansbach zur größten Hubschrauberbasis Europas ausbauen. Seit bekannt werden dieser Pläne im August 2006 regt sich darüber Unmut in der Bevölkerung, die sich vor vollendete Tatsachen gestellt sieht und bei einem Teil ihrer gewählten Volksvertreter zunächst auf ohnmächtiges Schweigen traf.

Wir, die Initiatoren des "Ansbacher Appells", sehen in dem geplanten Militärausbau einen Präzedenzfall, der einen zentralen Konsens deutsch-amerikanischer Politik beschädigt. Dieser Konsens hat seinen Ursprung 1945.

Als U.S.-Truppen als Teil der alliierten Streitkräfte (USA, England, Frankreich, Sowjetunion) die Grenzen des Deutschen Reiches überschritten, um auch in Westmittelfranken die Nazi-Herrschaft zu beenden, trafen sie u.a. auf eine der größten unterirdischen Munitionsfabriken des III. Reiches. Die Vätergenerationen der heute bei uns stationierten U.S.-Soldaten forderten: Niemals wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen! Dafür sind wir dem Volk der USA und den alliierten Streitkräften, die bis zum Ende des Kalten Krieges 1990 die demokratische Entwicklung Deutschlands sichern halfen, für immer dankbar.

Um so mehr sind wir darüber bestürzt, dass das Bekenntnis von einst in Frage gestellt scheint, da von deutschem Boden wieder Angriffskriege ausgehen, die das deutsche Grundgesetz, die Verfassung Deutschlands, unter Strafe stellt. U.S.-amerikanische Kampfhubschrauber, deren Besatzungen in Ansbach und Illshheim (im Nachbarlandkreis Neustadt/Aisch - Bad Windsheim) ausgebildet werden und werden, kommen im Irak seit 2003 zum Einsatz!

Ansbacher Friedensbündnis - www.ansbacher-appell.de/vu

Appeal from Ansbach - moral rebellion

- AFB, the Ansbach Peace Alliance, sees the previous consensus of German-American politics disturbed, which was that no more wars of aggression must start from German soil.

- We demand a fair hearing and call on members of the town council to take legal steps at once for consultations with the government of the state of Bavaria. The aim would be to verify whether, in the due course of law which forbids arbitrary rule, supra-local interests continue to exist that are worthy of protection and justify infringements of Ansbach's planning competence by U.S. military bases in the area. AFB calls for a controlled and immediate freeze of current plans to extend Ansbach as a military base on both the U.S. and German sides (planning moratorium).

Ansbach, a town 40 km southwest of Nuremberg, is the administrative seat for central Franconia and Bavaria's largest rural district. U.S. forces want to extend their military facility there into Europe's largest helicopter base. Ever since these plans became public in August 2006, there has been unrest among local people who felt they were facing accomplished facts and met with helpless silence from a number of their elected representatives.

We, the initiators of the Appeal, see the proposed military extension as a precedent which contravenes a basic consensus of German-American politics that goes back as far as 1945.

When U.S. troops entered Germany as part of an Allied force (also embracing Britain, France and the Soviet Union) to end Nazi rule, they discovered an underground munitions factory in the Ansbach area, one of the largest in the Third Reich. It was the fathers of the soldiers stationed here today who said that never again must a war start from German soil. For this we are forever grateful to the American people and the Allied forces who helped secure Germany's democratic development until the end of the cold war in 1990.

We are all the more alarmed to see that the vows of the past seem to be called into question as Germany again supports wars of aggression, a criminal offense under its Basic Law. Since 2003, helicopter gunships with crews trained at Ansbach and Illshheim (in the neighboring district of Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) have been deployed in Iraq.

Ansbacher Friedensbündnis - www.ansbacher-appell.de/vu

Heute wissen wir auch aus offiziellen amerikanischen Quellen, dass bei diesem Angriffskrieg nachweislich Grenzen überschritten wurden, die besser nicht überschritten worden wären. Sowohl aus völkerrechtlicher als auch aus ethischer Sicht.

Rechtstfreie Räume darf es in Deutschland nicht geben! Ob wissenschaftlich oder unwissenschaftlich - Deutschland, und damit auch Ansbach und Illshheim, stehen als Stationierungsorte weltweit agierender U.S.-Kampfruppen mit in der Verantwortung. Auch weil diese Interventionstruppen nicht unter dem Oberbefehl des gemeinsamen Verteidigungsbündnisses NATO, sondern unter der alleinigen Befehlsgewalt des U.S.-Präsidenten stehen. Dies sollte parteiübergreifend vor allem jene Lokalpolitiker in Ansbach und im Landkreis zum Nachdenken anregen, die bei dieser Wissensfrage (noch) meinen, neutral bleiben zu können.

Es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen!

Folglich stellt sich die Frage: Wie souverän kann Deutschland handeln, wenn es sich an den Konsens, dass niemals mehr von deutschem Boden Krieg ausgehen dürfte, weiter gebunden fühlt? Wie souverän kann Ansbach mit den Ausbauplänen der U.S.-Militärbasis Ansbach umgehen?

Das Ansbacher Friedensbündnis ist der Überzeugung, dass die gefühlte Ohnmacht eines Teils des Ansbacher Stadtparlaments nicht zwingend in eine tatsächliche Ohnmacht führen muss, sondern in Verhandlungen mit Entscheidungssträgern der USA - auf welchen politischen Ebenen auch immer - münden kann. Feilgefit vor dem Freund ist unangebracht, zumal wir uns sicher sind, in der Frage Krieg oder Frieden auch U.S.-Interessen zu dienen: der Mehrheit des amerikanischen Volkes, die völkerrechtswidrige Angriffskriege ablehnt. Ziel der genannten Verhandlungen ist die Schließung der U.S.-Militärbasen in Westmittelfranken, um die Weichen für eine zivile Zukunft Ansbachs zu stellen. Dass dies ein durchaus realistischere Ziel ist, wird durch einen weiteren Ansatz wahrheitsähnlicher.

Für eine europäische Verteidigungspolitik auf dem Boden einer demokratischen europäischen Verfassung, die das Völkerrecht anerkennt!

Mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands unter Wahrung der Bündnistreue zu den USA und zur NATO ist eine Rückgabe der vollständigen territorialen Souveränität eine längst überfällige Anerkennung der demokratischen Entwicklung Deutschlands. Dies wäre auch ein praktischer Schritt hin zu einer demokratischen europäischen Verfassung, die den seit 1945 formal ausstehenden Friedensvertrag mit Deutschland verzichtbar macht. U.S.-Militärbasen auf europäischen Territorien sind ein Überbleibsel aus Zeiten des Kalten Krieges. Deutschland ist fester Bestandteil des europäischen Verteidigungsbündnisses und es somit wert, als vollständig souveräner Bündnispartner behandelt zu werden.

Today even official U.S. sources tell us that during this war limits were exceeded which had better been left intact, both in terms of international law and from an ethical viewpoint.

There must be no unlegislated areas in this country. Knowledge or not, Germany and the towns of Ansbach and Illshheim bear responsibility as bases for stationing U.S. combat troops which are deployed worldwide. In addition, these forces for intervention are not controlled by NATO, the joint defense alliance, but solely by the President of the United States. This should be food for thought particularly for local politicians of all party affiliations at Ansbach and in the rural district who (still) think they may remain neutral in this matter of conscience.

There are limits that must not be overstepped

The question then arises of how sovereign Germany can be if it feels bound by the consensus that war must never again start from its soil. And, how sovereign can Ansbach be in dealing with extension projects for its U.S. military base.

The Ansbach Peace Alliance believes that the helplessness felt by parts of the town council need not necessarily lead to actual impotence but could be overcome in talks with U.S. decision-makers on whatever political level. Cowardice in the face of a friend is misplaced, particularly because we are certain that acting on the issue of war or peace also serves the interests of most Americans who are against wars of aggression violating international law. Such talks would seek to close down U.S. military bases in the area so that Ansbach could embark on a non-military future. This is a realistic aim as will be shown in the following.

Needed - European defense policy based on a democratic European constitution which embraces international law

Now that Germany has reunited while remaining loyal to the U.S. and the NATO alliance, restoring its full territorial sovereignty in recognition of its democratic progress is a move that has long been overdue. It would also be a step toward a democratic European constitution which would make a formal peace treaty that has been outstanding since 1945 unnecessary. U.S. military bases in European countries are leftovers from cold war times. As an integral part of the European defense alliance, Germany deserves being treated as a truly sovereign partner.